

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 5. Dezember 2012

§ 334 Stellenetat für die Schulsozialarbeit

(Berichte Regierungsrat, 6.11.2012; Kommission Finanzen und Steuern 7.11.2012)

Thomas Kistler, Niederurnen, Kommissionspräsident, verweist auf Aussagen im Memorial zuhanden der Gesetzesberatung, die stets einen Bedarf von 600 Stellenprozent nannten. Mehrere Kommissionsmitglieder unterstützten daher diesen Antrag; eine von der Landsgemeinde beschlossene Aufgabe sei richtig auszuführen und die für die Erledigung nötigen Stellen dürften nicht, weil immer noch Skepsis herrsche, nur knapp dotiert werden. Ein Antrag auf 400 und ein Kompromissantrag auf 500 Stellenprozent wurden damit begründet, man könne bei ausgewiesenem Bedarf problemlos aufstocken. – Schliesslich setzte sich der Kompromissantrag durch.

T. Kistler dankt den aus der Verwaltung Beteiligten und vor allem den Kommissionsmitgliedern für Unterstützung und disziplinierte Gesprächsfreude.

Jacques Marti, Sool, Kommissionsmitglied, beantragt namens der SP-Landratsfraktion Eintreten und kündigt einen Antrag in der Detailberatung an. – Es geht um zwei wichtige Anliegen. Der Volkswille ist ernst zu nehmen; die Landsgemeinde entschied sich für die Schulsozialarbeit. Der Landrat hat ihren Beschluss umzusetzen, denn „ds Wort gilt“. Zudem geht es um die Nachhaltigkeit der Schulsozialarbeit, die langfristig Kosten einsparen wird, auch wenn die Schulsozialarbeitenden keine Superhelden sind und nicht alle Fälle zu verhindern vermögen. Da Jugendliche im Massnahmenvollzug bis 1500 Franken täglich kosten, deckt bereits eine einzige Unterbringungsverhinderung einen erheblichen Teil der Unkosten. – Die Schulsozialarbeit ist mit jenen Mitteln auszustatten, die sie braucht, um den Auftrag erfolgreich erfüllen zu können. Es gibt, so der Kompaniekommandant, nichts Schlimmeres, als zur Erledigung eines Auftrages nicht über die benötigten Mittel zu verfügen.

Richard Lendi, Näfels, Kommissionsmitglied, setzt sich für den Kommissionsantrag ein. Die Situation im Glarnerland ist nicht mit jener in der Agglomeration Zürich vergleichbar, wo es schwierigere Fälle gibt. Zudem ist die sinkende Schülerzahl zu berücksichtigen. – Die Landsgemeinde hat nicht Stellenprozent sondern das Einsetzen der Schulsozialarbeit diskutiert. – Mit 500 Stellenprozent zu starten ist angemessen. Damit kann ein Personalpool geschaffen werden, der den Einsatz dort erlaubt, wo es brennt. Mit überdotiertem Stellenetat zu starten wäre falsch; Aufstockung aufgrund von Erfahrung ist richtig.

Martin Bilger, Ennenda, beantragt namens der SP-Landratsfraktion bei 600 Stellenprozent zu bleiben. – Auch im Landrat wurde die Schulsozialarbeit intensiv diskutiert, und das Memorial (S. 140) erwähnt die Prozentzahl sehr wohl. Wer an der Landsgemeinde der Einführung der

Schulsozialarbeit zustimmte, erwartet nun eine Dotierung mit 600 Stellenprozent; das ist folgerichtig und entspricht der Haltung „ds Wort gilt!“. Der Senkungsantrag der Kommission befremdet. Es geht um eine Investition in die Zukunft und nicht um eine Aufwandsteigerung beim Personal. Gezielte professionelle Intervention kann enorme Folgekosten verhindern, zwar nicht alle, aber doch viele. – Die Statistik in Glarus gibt Auskunft über das von 2011 bis heute, also während 15 Monaten, Geleistete. In über 400 Einzelgesprächen mit Lernenden wurden auf unkomplizierte Art Probleme angesprochen, Lösungen gefunden, Hilfe geleistet. Zudem wurde in knapp 200 Elterngesprächen gezielt versucht, das soziale System positiv zu beeinflussen, was in vielen Fällen gelang. Die Zusammenarbeit mit den Vormundschaftsbehörden funktionierte auch bei Gefährdungsmeldungen ausgezeichnet. In mehreren Fällen konnten nachweislich massive Folgekosten vermieden werden. Delinquierende Jugendliche wurden auf den richtigen Weg zurückgeführt und Fremdplatzierungen in einem Schlupfhaus verhindert. – Die Mitarbeitenden haben genug, ja zu viel Arbeit. Im Glarnerland äussern sich die gleichen Sorgen wie im nahegelegenen Ballungszentrum Zürich; wir leben nicht in einer heilen Welt.

Toni Gisler, Linthal, beantragt für die SVP-Landratsfraktion einen Stellenplafond von 400 Prozent. – Der Wille des Stimmvolkes wird auch damit umgesetzt. Wichtiges Argument für die Zustimmung war, der Stellenetat werde nochmals diskutiert. Ohne Erfahrung mit 600 Stellenprozent, also mit 720'000 Franken jährlichen Kosten ohne solche für Infrastruktur und Spesen zu berücksichtigen, starten zu wollen stört gewaltig. Beim vorangehenden Traktandum wurde über mickrige 10 Prozent diskutiert, und hier für 720'000 Franken Begeisterung wecken zu wollen, passt nicht zusammen, umso mehr als in der Budgetdebatte alle den Mahnfinger erheben werden. Sparwille ist bereits hier zu zeigen. Für den kleinen Kanton mit drei Gemeinden und übersichtlichen Strukturen sind 600 Stellenprozent viel zu viel. Die Aufgabe ist mit Bedacht anzugehen. Entwicklung und Nutzen sind gut zu beobachten und zu analysieren. Im Moment genügen 400 Prozent, umso mehr als Erhöhung schnell möglich wäre, sollte sie sich als notwendig erweisen; Überdotierung würde hingegen kaum zurückgenommen, wie Erfahrung belegt. – Als junger Landrat wünscht er sich mehr Weitsicht und das Trennen des Wünsch- vom Machbaren. Der kleine Bergkanton hat nur eine Zukunft, wenn er mit den Finanzen vorsichtig umgeht.

Fridolin Luchsinger, Schwanden, unterstützt namens der BDP-Landratsfraktion den Kommissionsantrag. – An den Ergebnissen der Arbeit in Glarus ist nicht zu zweifeln, doch: Würden noch mehr Prozent bewilligt, würden sie ebenfalls gebraucht. Es gilt auch zurückzublicken. Vor fünf Jahren gab es weder Schulleitungen noch Schulsozialarbeit und trotzdem keine chaotischen Zustände. Übermässiges Reagieren ist nicht nötig. Es kann guten Gewissens beim Kommissionsantrag geblieben werden.

Roland Goethe, Glarus, Kommissionsmitglied, setzt sich namens der FDP-Landratsfraktion für den Kommissionsantrag ein. – Bei etwa 4000 Schülern von Kindergarten bis Oberstufe ergeben sich 800 Lernende je Stelle. Dies entspricht dem Verhältnis in Zürich, Hombrechtikon, Wetzikon und Winterthur. Anfangs genügen 500 Stellenprozent. Die Fraktion verabschiedete nur deswegen die Vorlage, die ohne ihre Zustimmung nicht an die Landsgemeinde gegangen wäre. Bei Notwendigkeit aufzustocken fällt leichter, als abbauen zu müssen.

Karl Stadler, Schwändi, Kommissionsmitglied, erachtet wie Departement und Regierung 600 Prozent als richtig. – Die Fachverbände geben das Doppelte vor, also wurde bereits zünftig abgespeckt. Die Landsgemeinde stimmte der Schulsozialarbeit nach langer Debatte in Kenntnis von vorgesehenen sechs Stellen zu. Anträge auf eine Organisation, die mit weniger Stellen ausgekommen wären, wurden abgelehnt. – Es geht um menschliche Entwicklungsmöglichkeiten. Kinder sind zu schützen und zu unterstützen; dass damit noch viel Geld gespart werden kann, ist eigentlich nur willkommener Zusatznutzen. Zudem sind Mittel dort einzusetzen, wo sie etwas bewirken. – Falls nur 500 Stellenprozent bewilligt werden, ist mindestens für allenfalls nötige Aufstockung beim Wort zu bleiben.

Marco Hodel, Glarus, äussert sich im Namen der CVP/GLP-Landratsfraktion zu Gunsten des Kommissionsantrages. – Die Landsgemeinde sprach sich für die Schulsozialarbeit für alle Schulklassen aus. Neben dem Umfang der Stellen ist deren Besetzung mit kompetentem Personal wichtig, mit ihm stehen und fallen Effizienz und Wirkung der Schulsozialarbeit. – Die Dotation ist dennoch in Bezug zu den Staatsfinanzen zu setzen. Deshalb ist es angemessen, mit 500 Stellenprozent zu starten und erste Erfahrungen im ganzen Kanton zu sammeln. Darunter aber ist nicht zu gehen, weil deswegen Schulsozialarbeit nur beschränkt angeboten werden könnte, was nicht dem Landsgemeindeentscheid entspräche. – Blauäugig wäre es zu glauben, im Glarnerland gebe es keine Probleme; es stellt längst keine heile Welt, keine Insel, mehr dar. Auch in ihm gibt es Delinquenz, Übergriffe, Gewalt, Mobbing, Verwahrlosung, häusliche Gewalt, Sucht. – Sollte die Auseinandersetzung damit zeigen, dass 500 Stellenprozent nicht genügen, sind weitere zu bewilligen.

Martin Bilger erklärt, die Begeisterung, Schulsozialarbeit leisten zu müssen, sei auch in der SP nicht gross; aber die Notwendigkeit für sie und die geforderten Stellenprozent sind zu erkennen; die Erfahrungen in Glarus belegen es. – Vor fünf Jahren mussten sich, sofern es sie gab, Schulleitungspersonen um die schwierigen Fälle kümmern. Sie hatten, um Brände zu löschen, Tage, ja Wochen, für Gespräche mit Eltern, Behörden, Kindern, Fachstellen aufzuwenden, und vermochten deshalb nicht, ihre anderen Aufgaben zu erfüllen. – Der Bedarf von 600 Stellenprozent ist ausgewiesen.

Fridolin Staub, Bilten, verweist auf das Budget, bei dem je nach Departement verschieden vorgegangen wurde. Hier wird der volle Etat aufgenommen, während das Departement Sicherheit und Justiz nur jene zusätzlichen Polizistenstellen berücksichtigt, die zu besetzen möglich sind. Ungewiss ist, wie viel Stellenprozent für die Schulsozialarbeit besetzt werden können. – Die Begeisterung für diese Aufgabe scheint zudem darauf zurückführbar zu sein, dass die Kosten beim Kanton und nicht bei den Gemeinden anfallen. Diese bleiben aber für die Beschulung allein zuständig, was vor fünf Jahren noch nicht der Fall war. Nun gibt es zwei Zuständigkeiten; der Kanton ist es für das Soziale. Das wäre ebenfalls zu überdenken. – Für die Erhöhung um 10 Prozent beim Obergerichtspräsidium wurde zu knappe Begründung kritisiert. Die entsprechenden Aussagen zur Beratung der Schulsozialarbeit hätten ebenfalls auf einem A4-Blatt Platz gefunden, wenn nicht noch Grafiken aufgeführt worden wären. – Die Sache ist mit Bedacht, mit 400 Stellenprozent, anzugehen, die zudem vorerst zu besetzen sein werden.

Rolf Blumer, Glarus, nimmt Forderungen zur Qualität auf. – Es könnte sich zeigen, dass mit 400 Stellenprozent die gleiche Effizienz erreichbar wäre, wie mit 600, wenn die Stellen nicht, wie es in diesem Bereich oft geschieht, zu sehr aufgeteilt werden. Wobei Infrastrukturen, Weiterbildungen usw. ebenfalls auf viele verteilt werden, was keinesfalls effizient ist. – Im Sinne der Effizienz ist die Stellenprozentvorgabe tief zu halten, dafür Vollzeit zu arbeiten.

Landesstatthalter *Marianne Dürst* dankt der Kommission für breite Diskussion, gestützt auf die den Stellenumfang von 600 Prozent ausführlich begründende Landsgemeindevorlage und weitere fundierte Grundlagen. – Die Landsgemeinde stimmte der Schulsozialarbeit als kantonale Aufgabe deutlich zu. Ihr wurden auch die Massnahmenkosten aufgezeigt, wenn die Prävention vernachlässigt wird. Für zivil- und strafrechtliche Platzierungen wurden 2011 rund 3 und für wirtschaftliche Sozialhilfe für Jugendliche 2,2 Millionen Franken aufgewendet, alles gebundene Ausgaben. Schulsozialarbeit soll solche Kosten verhindern helfen. Zuständigkeit des Kantons ist richtig, weil er auch für die Erwachsenen zuständig ist, es sich somit um eine Präventionsmassnahme handelt. Die darin Tätigen sollen draussen, am Ort des Geschehens, in den Schulen und nicht zentralisiert stationiert sein. Die Berechnung, auch zuhanden der Landsgemeinde, ergab für Glarus Süd 150, Glarus 190, Glarus Nord 250 Stellenprozent plus Leitungsaufwand. Wird eine einzige der durchschnittlich fünf Jahre dauernden Platzierungen vermieden, sind die 600 Stellenprozent bezahlt. Die Berechnung stützt sich auf die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Glarus im Schulhaus Buchholz. Reserven sind keine enthalten. – Schulsozialarbeit nur ein bisschen zu betreiben, wird nicht den

gewünschten Erfolg, keine Trendumkehr bringen, vor allem nicht bezüglich des Erwachsenenalters. – Auf 400 Prozent zu entscheiden, verunmöglichte den Start. Mit 500 Prozent ist zu hoffen, an den Schulstandorten tätig werden zu können. Eine Stelle dient der Arbeit mit zwei Jahrgängen. Zu überlegen wird somit sein, ob allenfalls auf die Arbeit in den Kindergärten zu verzichten wäre. Der Regierungsrat wird die Stellenprozent so gut wie möglich auf die Organisation verteilen müssen. – M. Dürst beantragt, bei 600 Stellenprozent zu bleiben. Es gibt keinen Grund davon abzuweichen.

Der *Vorsitzende* meint, die Meinungen seien gemacht.

Richard Lendi nimmt die Bemerkung auf, es könnten gewisse Jahrgänge unbeachtet bleiben. Das wäre klar nicht die Meinung der Reduktion auf 500 Prozent. Die Kommission besteht darauf, dass alle Jahrgänge betreut werden.

Landesstatthalter *Marianne Dürst* fühlt sich falsch verstanden. Entscheid ist keiner gefallen. Es sind jedoch Überlegungen anzustellen, wie die Stellenprozent organisatorisch so verteilt werden, um der Aufgabe „Schulsozialarbeit“ doch noch gerecht zu werden. Die Rednerin ist von deren Sinn überzeugt und verspricht, mit der Vorgabe das Optimum erreichen zu wollen. – Die Schularbeit bei den Kindergärten ist also nicht gestrichen, aber Einschränkungen werden nötig sein.

Der *Vorsitzende* gibt die Resultate der Bundespräsidentenwahlen bekannt: Präsident Ueli Maurer mit 148 von 237 Stimmen; Vizepräsident Didier Burkhalter mit 205 von 240 Stimmen.

Der *Vorsitzende* stellt unbestrittenes Eintreten und geführte Detailberatung fest.

Abstimmungen

- In der ersten Abstimmung unterliegt der Antrag auf 600 jenem auf 400 Prozent.
- In der zweiten Abstimmung obsiegen 500 über 400 Prozent.

Der Stellenplafond für die Schulsozialarbeit beim Departement Volkswirtschaft und Inneres, Hauptabteilung Soziales, ist auf 500 Prozent festgelegt.